



---

## Ausschussdrucksache 20(9)157

11.10.2022

---

**Reinhard Jung**  
**FREIE BAUERN Deutschland GmbH**  
**19336 Legde/Quitzebel OT Lennewitz**

### Stellungnahme

#### Öffentliche Anhörung

**zum**

- a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits vom 30. Oktober 2016**

**BT-Drucksache 20/3443**

- b) **Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits**

**KOM(2016)443 endg.; Ratsdok.-Nr. 10970/16**

- c) **Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union in dem mit dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits eingesetzten Gemischten Ausschuss für die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen hinsichtlich der Annahme eines Beschlusses über ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen von Architekten zu vertretenden Standpunkt**

**KOM(2022)343 endg.; Ratsdok.-Nr. 11525/22**

**am 12. Oktober 2022**

Deutscher Bundestag  
Wirtschaftsausschuss  
Anhörung 12.10.2022

FREIE BAUERN Deutschland  
Lennewitzer Dorfstraße 20  
19336 Legde/Quitzebel OT Lennewitz  
Telefon: 038791-80200  
Telefax: 038791-80201  
kontakt@freiebauern.de  
www.freiebauern.de  
10. Oktober 2022

## **Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits vom 30. Oktober 2016**

Die FREIEN BAUERN, Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland, empfehlen dem Ausschuss, das vorgelegte Gesetz abzulehnen, da es den Interessen der deutschen Landwirtschaft im Übermaß schadet.

Die Ratifizierung von CETA durch die Bundesrepublik Deutschland wäre ein weiterer Schritt in Richtung vollständige Inkraftsetzung des Freihandelsabkommens mit Kanada. Wesentliche wirtschaftliche Auswirkungen sind bereits durch die vorläufige Inkraftsetzung 2017 eingetreten. Mit der Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedsstaaten würde insbesondere der vereinbarte Investitionsschutz für internationale Konzerne wirksam, der über eine Paralleljustiz mit so genannten Schiedsgerichten stark in die Souveränität der beteiligten Staaten eingreift. Hiergegen gibt es Verfassungsklagen, u. a. von einem Bündnis aus Campact, Foodwatch und MehrDemokratie sowie von Abgeordneten der Linksfraktion. Die diesen Klagen zugrunde liegenden Bedenken teilen wir grundsätzlich, haben aber zu diesem Thema bislang nicht gearbeitet. Deshalb möchte ich mich hier auf die wirtschaftlichen Auswirkungen für die Landwirtschaft beschränken. Eine Ablehnung der Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag würde nämlich nicht nur den umstrittenen Investitionsschutz unmöglich machen, sondern darüber hinaus eine gesellschaftliche Debatte über den Nutzen derartiger Freihandelsabkommen generell auslösen. Diese wiederum scheint uns notwendig.

CETA enthält eine Vielzahl von Regelungen, die die Landwirtschaft betreffen. Wesentliche Punkte sind der zollfreie Zugang für 18.000 Tonnen Käse aus der EU nach Kanada sowie für 45.000 Tonnen Rindfleisch und 75.000 Tonnen Schweinefleisch aus Kanada in die EU. Diese Kontingente sind keinesfalls ausgeglichen, wie ich Ihnen am Beispiel Käse und Rindfleisch kurz erläutern möchte.

Wir haben ein zollfreies Kontingent von 18.000 Tonnen Käse zugunsten der EU. Bei einem durchschnittlichen Bedarf von 8 kg Milch für 1 kg Käse benötigen wir 144.000 Tonnen Milch. Legt man eine Milchleistung von 10.000 kg zugrunde, brauchen wir für 18.000 Tonnen Käse also die Jahresproduktion von 14.400 Milchrindern. Wir haben ein zollfreies Kontingent von 45.000 Tonnen Rindfleisch zugunsten von Kanada. Legt man für den Schlachtkörper 333 kg sowie eine Mastdauer von zwei Jahren zugrunde, brauchen wir für 45.000 Tonnen Rindfleisch also die Jahresproduktion von 67.500 Fleischrindern. Die Jahresproduktion von 14.400 Milchrindern zugunsten der EU versus die Jahresproduktion von 67.500 Fleischrindern zugunsten von Kanada, das ist ein Missverhältnis von 5:1 zugunsten der kanadischen und zulasten der europäischen Rinderhalter. Wenn man bedenkt, dass die Rinderhalter an der Wertschöpfung von Molkereiprodukten in weit geringerem Maße beteiligt sind als an der Wertschöpfung von unverarbeitetem Fleisch verschlechtert sich das Verhältnis weiter. Und wenn man dann noch die 75.000 Tonnen Schweinefleisch einbezieht, die hier auf einen überaus gesättigten Markt treffen, so ist man schnell bei einem Missverhältnis von 10:1 zugunsten der kanadischen und zulasten der europäischen Landwirtschaft. Es ist das alte Thema: Für bessere Exportchancen der Industrie muss die Landwirtschaft bluten.

Nun könnte man einwenden: Die landwirtschaftlichen Regelungen aus CETA gelten bereits seit 2017 und die europäische Landwirtschaft ist nicht untergegangen. Richtig, aber sie hatte schwierige Jahre, und es sind in dieser Zeit sehr viele selbständige bäuerliche Existenzen verloren gegangen – das wiederum hat viel mit dem Preisdruck durch Importe und Monopole zu tun. Als CETA unterzeichnet wurde, lagen die Milchpreise in Kanada deutlich höher als in der EU, die Preise für Rind- und Schweinefleisch lagen deutlich niedriger, so dass die erste unmittelbare Auswirkung der vorläufigen Inkraftsetzung ein verstärkter Preisdruck auf die landwirtschaftlichen Betriebe zu beiden Seiten des Ozeans war. Kanada ist zum einen Agrarüberschussland, zum anderen sind die Produktionsstandards in Ackerbau und Tierhaltung niedriger als in der EU, deshalb kann unsere Landwirtschaft in diesem Wettbewerb nur unterliegen. Eine Zustimmung zu dem vorgelegten Gesetz stünde dementsprechend auch im offenen Widerspruch zum erklärten Ziel der Bundesregierung, die Standards in der Tierhaltung weiter zu erhöhen, Stichwort Tierwohl.

Nun könnte man weiterhin einwenden: Die in CETA ausgehandelten Tonnagen machen jeweils weniger als 1 % der Gesamtproduktionsmenge etwa von Rind- und Schweinefleisch in der EU aus. Auch richtig, aber CETA steht ja nicht allein, sondern in einer Reihe von Freihandelsabkommen, die jetzt durchgewunken werden sollen. Nächste Woche nehmen wir an einer Anhörung zum Freihandelsabkommen mit Neuseeland teil, hier geht es vor allem um Lammfleisch. Und nach wie vor steht das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten auf der Tagesordnung, wo zusätzliche 100.000 Tonnen Rindfleisch aus dem brennenden Regenwald verhandelt werden, das wären 1,7 % der Gesamtproduktionsmenge der EU und damit eine ganz andere Hausnummer. Von der Gefahr einer Wiederaufnahme der TTIP-Gespräche ganz zu schweigen. Auf der anderen Seite stehen immer neue Auflagen und Anreize zur Reduzierung der landwirtschaftlichen Produktion in der EU, Stichwort Green Deal. Das führt zu der grundsätzlichen Frage, ob es volkswirtschaftlich sinnvoll und ernährungspolitisch geboten ist, Agrarrohstoffe in Größenordnungen in die EU einzuführen, die wir selbst erzeugen können, wenn auch derzeit zu etwas höheren Kosten.

Ich trinke gerne Kaffee und manchmal auch Orangensaft, und wir sehen durchaus die Vorteile von Freihandel für den Wohlstand unserer Gesellschaft. Mit dem Export von Industrieprodukten lässt sich gutes Geld verdienen, was über eine hohe Kaufkraft zumindest theoretisch auch positive Auswirkungen auf die

Landwirtschaft haben kann. Es kommt wie so häufig auf das richtige Maß an. Und da wünschen wir uns, dass wir alle zusammen in den Jahren zwischen dem Abschluss von CETA und dem nun vorliegenden Gesetz zur Ratifizierung dazugelernt haben. Landwirtschaft ist systemrelevant, ihre Verlagerung in andere Weltgegenden hat nicht nur negative ökologische und soziale Auswirkungen hier wie dort, sie gefährdet zudem unsere Sicherheit und Souveranität. Mit einer begründeten Ablehnung des Gesetzes würden Sie ein Zeichen setzen, dass Freihandel sich künftig auf Warengruppen konzentrieren sollte, die weniger umweltrelevant und überlebenswichtig sind als ausgerechnet Lebensmittel.

Die Argumente, die ich hier vorgetragen habe, sind überwiegend nicht neu. Sie waren bislang Positionen der Grünen. Während andere Interessenorganisationen der Landwirtschaft sehr nah an politischen Parteien arbeiten, legen die FREIEN BAUERN großen Wert auf ihre Unabhängigkeit. Deshalb kommunizieren wir gegen alle Vorbehalte im Berufsstand immer wieder, dass es auch Berührungspunkte zu den Grünen gibt, etwa bei den Themen Freihandel, Gentechnik und Braunkohle. Das geht natürlich nur so lange wie wir beim politischen Gegenüber noch einen Funken Glaubwürdigkeit erkennen können.

*Reinhard Jung*  
*Referent*

